

NIGERIA

Gewerkschaftsmonitor

September 2023

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Das vergangene Jahr war in Nigeria besonders von den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar 2023 geprägt. Nach acht Jahren im Amt trat der Amtsinhaber Muhammadu Buhari verfassungsgemäß nicht erneut an. In einem mit harten Bandagen geführten Vorwahlkampf 2022 konnte sich der ehemalige Gouverneur von Lagos, Bola Tinubu, als Kandidat der Regierungspartei All Progressives Congress (APC) durchsetzen, während bei der größten Oppositionspartei Peoples Democratic Party (PDP) der ehemalige Vizepräsident Atiku Abubakar zum inzwischen fünften Mal für die Präsidentschaft kandidierte. Sein »running mate« von 2019, Peter Obi, wechselte kurz vor den Vorwahlen zur bisher kleineren und eng mit der Gewerkschaftsbewegung verbundenen Labour Party (LP). Obi verhalf der LP zu einem unerwarteten Aufschwung, während im nördlichen Bundesstaat Kano der ehemalige Gouverneur Rabiu Kwankwaso mit der New Nigeria Peoples Party (NNPP) einer weiteren Kleinpartei zu nationaler Reichweite verhalf.

Der Wahlkampf ebenso wie der Wahlausgang wurden so zu den wahrscheinlich spannendsten in der seit 1999 ausgerufenen Vierten Republik. Beherrschende Themen waren die sich stetig verschlechternde Sicherheitslage sowie die permanente Wirtschaftskrise, wobei alle wesentlichen Kandidaten sehr ähnliche und nicht immer konsistente Antworten in ihren Wahlprogrammen vorlegten. Alle nannten eine Diversifizierung der Wirtschaft sowie eine Stärkung der einheimischen Produktion als Ziel und setzten dabei auf einen Mix aus staatlicher Intervention und privatwirtschaftlicher Initiative, ohne jedoch konkret zu werden. Ebenso versprachen sie die Förderung flächendeckender Beschäftigung, auch hier ohne genauen Plan. Im Wesentlichen wurde der Wahlkampf so zu einer Frage der Glaubwürdigkeit der Kandidaten – den etablierten »Altpolitikern« Tinubu und Abubakar einerseits und den »neueren« Gesichtern andererseits, wie dem zwar auch schon über 60-jährigen Obi, der jedoch besonders die Hoffnung der Jugend auf Wandel zu verkörpern vermochte.

Bei den Wahlen am 25. Februar 2023 konnte sich schließlich Bola Tinubu durchsetzen, der laut offiziellem Ergebnis 36,61 Prozent bzw. etwa 8,8 Millionen Stimmen auf sich vereinen konnte. Seine ärgsten Widersacher, Atiku Abubakar von der PDP sowie Peter Obi von der LP erhielten 29,07 bzw. 25,4 Prozent der Stimmen, Rabiu Kwankwaso von der NNPP kam auf 6,23 Prozent. Gemäß der nigerianischen Verfassung genügt im ersten Wahlgang die einfache Mehrheit der Stimmen, solange der oder die betreffende Kandidat*in in mindestens zwei Dritteln der 36 Bundesstaaten und der Hauptstadt Abuja 25 Prozent der Stimmen erhält – ein Kriterium, das Tinubu laut den offiziellen Zahlen erfüllt. Es ist das erste Mal in der Vierten Republik, dass der gewählte Präsident weniger als 50 Prozent der Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung fiel mit rund 27 Prozent allerdings noch niedriger aus als 2019 (34,75 Prozent).

Obwohl die Opposition die Ergebnisse der Wahl nach wie vor anzweifelt, lässt sich konstatieren, dass Peter Obi mit seinem Wechsel zur LP im Sommer 2022 das nigerianische Zweiparteiensystem aufmischte. Seit 1999 regierten entweder die PDP (1999–2015) oder der APC (seit 2015); bei den letzten Wahlen 2019 erhielt der »drittbeste« Kandidat kaum mehr als 100 000 Stimmen und die ursprünglich mithilfe der nigerianischen Gewerkschaftsbewegung gegründete LP kam gerade einmal auf 0,02 Prozent. Dem folgte jedoch ein beispielloser Aufstieg: Der seit seiner Zeit als Gouverneur von Anambra (2006–2014) als sparsam und gewissenhaft geltende Obi wurde spätestens seit seinen positiven Aussagen zu den EndSARS-Protesten 2020, bei denen sich vor allem die junge Mittelschicht gegen Polizeiwillkür zur Wehr setzte, zum »Helden der Jugend«. Seine Anhänger*innen mobilisierten landesweit vor allem über die sozialen Netzwerke. Große Teile der Zivilgesellschaft standen ebenfalls hinter seiner Bewerbung. So gelang es ihm, auch die Unterstützung der großen Gewerkschaftsverbände Nigeria Labour Congress (NLC) und Trade Union Congress (TUC) zu erlangen; der NLC empfahl seinen offiziell vier Millionen Mitgliedern sogar erstmals seit 1992 einen Kandidaten zur Wahl. Diese breite Basis ermöglichte letztlich sein beeindruckendes Ergebnis mit über sechs Millionen Stimmen, davon über 60 Prozent in der Hauptstadt

Abuja und mit einem kaum für möglich gehaltenen Sieg in Tinibus Heimatstaat Lagos. In elf von 36 Staaten wurde die LP stärkste Partei bei den Präsidentschaftswahlen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Nigeria ist mit über 210 Millionen Einwohner*innen das mit Abstand größte Land Afrikas und mit einem BIP von ca. 430 Milliarden US-Dollar (2021) auch die größte Volkswirtschaft des Kontinents. Nach dem Rückgang des BIP während der Corona-Pandemie wuchs es 2021 mit 3,6 Prozent und 2022 mit geschätzten 3,1 Prozent wieder leicht an. Dabei sorgte ausschließlich der Nicht-Öl-Bereich für das Wachstum, während das Öl-BIP um –8,3 bzw. –13,6 Prozent einbrach. Mittlerweile wurde Nigeria von Angola und Algerien als größter Ölproduzent Afrikas abgelöst. 2021 wurden 23,36 Prozent des BIP in der Landwirtschaft, 31,41 Prozent in der Industrie und 43,79 Prozent im Dienstleistungsgewerbe erwirtschaftet. Das Pro-Kopf-BIP Nigerias lag 2021 bei 2065,70 US-Dollar, dessen Entwicklung aber schon seit über zehn Jahren kaum noch mit dem Bevölkerungswachstum mithalten kann.

Die nigerianische Wirtschaft ist seit vielen Jahrzehnten vom Ölexport abhängig, um Staatseinnahmen und Devisen zu generieren. Gleichzeitig existiert eine hohe Informalisierung weiter Wirtschaftsbereiche mit überwiegend informellen Beschäftigungsverhältnissen für rund 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung. Im Gegensatz zu vergangenen Jahrzehnten, in denen die nigerianische Wirtschaft im Einklang mit der Ölpreisentwicklung wuchs bzw. schrumpfte, ist hier seit 2020 eine Entkopplung festzustellen: Trotz global steigender Ölpreise sanken in den letzten drei Jahren die Einnahmen Nigerias aus dem Ölgeschäft. Gründe hierfür sind zum einen die sinkende Produktion, vor allem aufgrund technischer Schwierigkeiten, und zum anderen die anhaltend schwierige Sicherheitslage im Nigerdelta. Die Sabotage von Infrastruktur ebenso wie das illegale Anzapfen von Pipelines nehmen zu und führen neben wirtschaftlichen Verlusten auch zu erheblichen Umweltschäden in den betroffenen Regionen.

Gleichzeitig wurde lange Zeit ein erheblicher Anteil der staatlichen Bruttoeinnahmen in die Finanzierung der Benzinpreissubvention gesteckt. Ohne eigene nennenswerte Raffineriekapazitäten muss Nigeria praktisch alle weiterverarbeiteten Ölprodukte zu Weltmarktpreisen importieren. Um den Benzinpreis dennoch niedrig zu halten, fließt über die Hälfte der Öleinnahmen direkt in den Import von Benzin. Die Weltbank rechnet mit einer weiteren Verschlechterung dieses Verhältnisses für 2023 und schätzte, dass die Ausgaben für die Benzinpreissubvention den Staat Einnahmen in Höhe von etwa 2,5–2,7 Prozent des BIP kosten würden. Die Benzinpreissubvention wurde im Juni 2023 abgeschafft, was nicht nur eine massive Verteuerung von Benzin, sondern auch des gesamten alltäglichen Lebens vieler Nigerianner*innen zur Folge hatte.

Durch die schwindenden Öleinnahmen sah sich die nigerianische Regierung gezwungen, vermehrt Kredite aufzunehmen, um das geplante Budget zu erfüllen. Der Schuldendienst könnte nach Schätzungen der Weltbank bis 2027 auf 62 Pro-

zent der Staatseinnahmen anwachsen, auch die Auslandsverschuldung ist zuletzt deutlich gestiegen. Insgesamt macht die Öl- und Gasförderung nur mehr rund 5,5 Prozent des nigerianischen BIP aus, ist aber immer noch für rund 31 Prozent der gesamten Staatseinnahmen und für über 88,6 Prozent der nigerianischen Exporte verantwortlich (jeweils 2021).

Zugleich bleibt die Inflation für weite Teile der Bevölkerung die größte Sorge – im Oktober 2022 erreichte sie mit 21,1 Prozent ein 17-Jahres-Hoch. Neben den global steigenden Nahrungsmittelpreisen und den Ernteverlusten durch die großflächigen Überschwemmungen 2022 trug auch die inzwischen erhebliche Entwertung der Landeswährung Naira zum Anstieg der Inflation bei: Im November 2022 betrug die Differenz zwischen der offiziellen Zentralbankrate und dem realen Wechselkurs über 70 Prozent, im Januar 2022 waren es nur rund 37 Prozent gewesen. Dies trägt zu weiter steigenden Preisen für Importgüter bei. Allein durch die Inflation fielen 2022 nach Schätzungen der Weltbank fünf Millionen Nigerianer*innen zusätzlich unter die Armutsschwelle. Schon zuvor lebte in Nigeria mit über 80 Millionen die weltweit größte Zahl von Menschen innerhalb eines Landes in absoluter Armut.

Die Lohnentwicklung kann hierbei nicht mithalten. Der Mindestlohn ist seit 2018 auf 30000 Naira (ca. 33 Euro) festgelegt, wird aber nicht flächendeckend eingehalten. Offizielle Zahlen zur Arbeitslosigkeit wurden seit 2020 (damals über 30 Prozent) nicht mehr veröffentlicht, Unterbeschäftigung ist weit verbreitet. Nach Angaben der Weltbank entwickelt sich der nigerianische Arbeitsmarkt in zwei entgegengesetzte Richtungen: Während die größten Firmen für die meisten Arbeitsplätze und die höchste Produktivität sorgen (und auch relativ gute Löhne zahlen), ist der zweitgrößte Arbeitgeber der Sektor der Klein- und Kleinstunternehmen, der eine extrem geringe Produktivität aufweist und in dem entsprechend schlechte Löhne gezahlt werden. Mittelständische Unternehmen existieren hingegen kaum.

Die sozialen Sicherungssysteme sind allenfalls rudimentär ausgebildet und beziehen de facto ausschließlich formal Beschäftigte ein, vor allem im öffentlichen Dienst. Ein Arbeitslosengeld oder Sozialhilfesystem existiert nicht. Auf Ebene der Einzelstaaten werden Renten und gesetzlich vorgeschriebene Abfindungen oft nur mit erheblichen Verzögerungen gezahlt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die nigerianischen Gewerkschaften gehören zu den stärksten und engagiertesten des afrikanischen Kontinents. Die Dachverbände bringen sich regelmäßig in gesellschaftspolitische Debatten ein, während die Sektorgewerkschaften besonders zu politischen Vorhaben in ihren jeweiligen Branchen sprechen. Schon zu Beginn der Vorwahlen 2022 brachten sich die beiden großen Dachverbände NLC und TUC mit eigenen Forderungskatalogen (sog. »Workers' Agenda«) in die inhaltliche Debatte ein. Die Forderungen umfassten neben tarifpolitischen Forderungen auch allgemeine wie kostenfreie Bildung für alle, Verbesserungen des Gesundheitswesens, mehr Rechte für Frauen und junge Menschen sowie eine Stärkung der

heimischen Produktion. Beide Dachverbände sprachen sich explizit gegen ein Ende der Benzinpreissubvention aus und forderten stattdessen – wie schon seit Jahren – den Ausbau der eigenen Raffinerien, um die Last auf den Staatshaushalt zu verringern. Weitere Privatisierungen, etwa im Energiesektor, wurden entschieden abgelehnt.

Im Februar 2023 traf sich der NLC zu seiner vierjährigen Delegiertenkonferenz, bei der Joe Ajaero einstimmig als Nachfolger des seit acht Jahren amtierenden Ayuba Wabba, bis Ende 2022 auch IGB-Präsident, bestimmt wurde. Noch vor vier Jahren hatte die Kampfkandidatur Ajaero gegen Wabba zu einer zwischenzeitlichen Abspaltung mehrerer Industriegewerkschaften geführt. Nach der Wiedervereinigung 2020 verlief der diesjährige Kongress jedoch sehr friedlich und stand ganz im Zeichen der Wahlen vom 25. Februar 2023. Erstmals waren auf einem NLC-Kongress die vier aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten zu eigenen Beiträgen eingeladen, die von Rabiu Kwankwaso von der NNPP und Peter Obi von der dem NLC nahestehenden LP auch wahrgenommen wurden. Obi erhielt viel Beifall, die Neuausrichtung des NLC in Richtung seiner Kampagne schien zumindest von den über 900 Delegierten mitgetragen zu werden. In den vergangenen zwölf Monaten hat die nigerianische Gewerkschaftsbewegung eine erstaunliche Neuausrichtung auf politischer Ebene vollzogen, wo nunmehr mit erheblichem Einsatz am Wiederaufbau der LP und der Konsolidierung der Wahlerfolge von 2023 gearbeitet wird.

Immer wieder kann der NLC auf nationaler Ebene Achtungserfolge verbuchen. So löste erst die ernst zu nehmende Androhung eines Generalstreiks im März 2023 die monatelange Bargeldknappheit, da die Zentralbank so zum Einlenken bewegt werden konnte. Die Angst vor einem ausgedehnten Generalstreik, wie zuletzt 2012, war zudem einer der Hauptgründe für das Zögern bei der Abschaffung der Benzinpreissubventionen. Erheblich größere Schwierigkeiten haben die Gewerkschaften dagegen, wenn es um die proaktive Durchsetzung von Reformen geht. Auf Ebene der Einzelstaaten ebenso wie auf Betriebsebene sind solche Erfolge inzwischen eher selten geworden, insbesondere in jenen Teilstaaten, in denen die Gouverneure ihnen genehme Kandidat*innen im Amt der jeweiligen NLC-Leitung durchsetzen können. Die Stärkung der Strukturen im Land ist daher eines der Kernanliegen der neuen NLC-Führung.

GEWERKSCHAFTEN IN NIGERIA – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Ursprünge der nigerianischen Gewerkschaftsbewegung liegen in den Zeiten der Kolonialherrschaft. Bereits um 1883 entstanden erste Selbsthilfe- und Solidaritätsvereinigungen. Mit der Civil Service British Workers Union (später: Nigeria Civil Service Union) wurde 1912, zwei Jahre vor der Gründung der britischen Kronkolonie Nigeria, die erste Gewerkschaft ins Leben gerufen. Auch die Nigeria Union of Railway Workers (NUR) und die Nigeria Union of Teachers (NUT) können

auf ähnlich lange Organisationsgeschichten zurückblicken. Nigerias Gewerkschaften verstanden sich stets als dezidiert politische Bewegungen und waren entscheidend am Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft beteiligt.

Schon früh bildeten sich mit dem Nigeria Trade Union Congress (NTUC), der Labour Unity Front (LUF), dem United Labour Congress (ULC) und dem Nigeria Workers Council (NWC) entsprechende Dachverbände heraus. Nach diversen Verboten und Reorganisationen ging aus diesen mit dem Nigeria Labour Congress (NLC) 1978 schließlich ein geeinter Dachverband hervor, insbesondere für sogenannte »Blue Collar Worker«. Ebenfalls 1978 versuchten die sogenannten »Senior Staff Unions« sich in einer Federation of Senior Staff Associations of Nigeria zu organisieren, was jedoch erst 1986 von der Regierung erlaubt wurde und in der Gründung der Senior Staff Consultative Association of Nigeria (SECSCAN) mündete.

Nigerias »Vierte Republik« wurde mit dem Ende der Militärdiktatur im Jahr 1999 begründet. Der Staatsaufbau orientiert sich eng am System der Vereinigten Staaten von Amerika, die konstitutionellen Grundlagen wurden jedoch unter wenig demokratischen Umständen von einer Übergangsregierung erarbeitet und beinhalten Unstimmigkeiten und autoritäre Tendenzen. Im Zuge des Übergangs wurde auch der NLC wieder zugelassen, der von der Militärjunta im Jahr 1994 verboten worden war. Die SECSCAN wiederum ging 2005 im Trade Union Congress of Nigeria (TUC) auf, sodass nun zwei freundschaftlich verbundene Dachverbände mit mehr oder weniger klar definierten Organisationsbereichen existieren.

Stand in den Ursprungsjahren der Kampf gegen Kolonialismus und Diskriminierung sowie für Unabhängigkeit und Panafrikanismus im Vordergrund, sind die bestimmenden Themen heute vor allem die Umsetzung eines menschenwürdigen Mindestlohns, die Verteidigung der Benzinpreissubvention bzw. die Zahlung von sozialen Ausgleichsleistungen (sogenannte *Palliatives*) seit der Abschaffung der Subvention. Durch diese stiegen die Lebenshaltungskosten und insbesondere die Transportkosten der Menschen in Nigeria massiv an. Auseinandersetzungen mit der Regierung in diesen Bereichen führten zu Generalstreiks in den Jahren 1945, 1981, 2000 sowie 2012.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Nigerias Gewerkschaften sind Sektorgewerkschaften. In den meisten Sektoren existieren jeweils spezifische Junior und Senior Staff Unions. »White Collar Workers« in Führungs- oder Managementpositionen sind Mitglieder der Senior Staff Associations, die wiederum im Dachverband TUC organisiert sind (insg. 28 Mitgliedsgewerkschaften). »Blue Collar Worker« sind hingegen Mitglieder in den Gewerkschaften, die sich im NLC organisieren (insg. 43 Mitgliedsgewerkschaften). Diese traditionelle Aufteilung wird heute nicht immer eingehalten, gerade der TUC organisiert inzwischen auch eher informell ausgerichtete Sektoren (z. B. im Transportgewerbe). Grundsätzlich ist das Verhältnis der Dachverbände jedoch kooperativ. Die Mitgliedsbeiträge werden jeweils automatisch vom Lohn eingezogen (check-off system).

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Nigeria

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Nigeria Labour Congress, NLC (Gewerkschaftsverband Nigerias)	Präsident: Joe Ajaero Stv. Präsident: Adewale Adeyanju Generalsekretär: Emmanuel Ugboaja	4 Millionen (laut IGB)	IGB, IGB Afrika, Commonwealth Gewerkschaftsdachverband (CTUG), Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU), Organisation der Gewerkschaften Westafrikas (OTUWA)
Trade Union Congress of Nigeria, TUC (Gewerkschaftsbund Nigerias)	Präsident: Festus Osifo	500.000 (laut IGB)	IGB, IGB Afrika, OTUWA

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Nigeria

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Academic Staff Union of Universities, ASUU (Gewerkschaft des akademischen Personals der Universitäten)	NLC	Präsident: Emmanuel Osodeke	k. A.	Education International (EI)
Medical and Health Workers' Union of Nigeria, MHWUN (Gewerkschaft des nigerianischen Medizin- und Gesundheitspersonals)	NLC	Präsident: Biobelemoye J. Josiah	ca. 270 000	Public Services International (PSI)
Nigeria Union of Petroleum and Natural Gas Workers, NUPENG (Nigerianische Gewerkschaft der Erdöl- und Erdgasarbeiter*innen)	NLC	Präsident: (Prince) Williams Eniredonana Akporeha	ca. 8 000	IndustriAll
National Association of Nigeria Nurses and Midwives, NANNM (Nationaler Verband der nigerianischen Krankenpfleger*innen und Hebammen)	NLC	Präsident: Adetunji Abdulrafu	ca. 125 000	–
National Union of Textile, Garment and Tailoring Workers, NUTGTWN (Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Schneiderarbeiter*innen)	NLC	Präsident: John Adaji	ca. 35 000	IndustriAll
National Union of Electricity Employees, NUEE (Nationale Gewerkschaft der Elektrizitätsangestellten)	NLC	Präsident: Martins Uzoegwu	ca. 24 000	PSI, IndustriAll
Nigeria Civil Service Union, NCSU (Nigerianischer Verband des öffentlichen Dienstes)	NLC	Präsident: Sunday Adeleye	ca. 100 000	PSI
Petroleum and Natural Gas Senior Staff Association of Nigeria, PENGASSAN (Nigerianischer leitender Personalverband für Erdöl und Erdgas)	TUC	Präsident: Festus Osifo	k. A.	IndustriAll

Beide Dachverbände verstehen sich als explizit politisch und folgen im Wesentlichen einem sozialdemokratischen Politikverständnis. Besonders der NLC und einige seiner Einzelgewerkschaften hängen dabei traditionell einer marxistisch geprägten politisch-ökonomischen Analyse an, die bei der nigerianischen Linken allgemein verbreitet ist. Trotz offen marxistischer Rhetorik wird jedoch üblicherweise auf eine Mischung aus Konfrontation und Sozialpartnerschaft gesetzt, wie sie häufig auch in Deutschland üblich ist. Wichtigster Unterschied ist dabei das Bekenntnis und Recht zum politischen Streik, der wie oben beschrieben vor allem im Kampf um die Benzinpreise bzw. soziale

Ausgleichsleistungen zum Einsatz kommt. Beide Dachverbände sind Mitglied des IGB und haben dort offiziell vier Millionen (NLC) bzw. 500 000 (TUC) Mitglieder gemeldet (2022).

Zwischen den Einzelgewerkschaften herrscht meist ein friedliches Verhältnis, das gegenseitige Abwerben von Mitgliedern kommt nur selten vor. Erhebliche Unterschiede bestehen jedoch in der Mitgliederorientierung der Gewerkschaften. Während sich einige Gewerkschaften, vor allem im industriellen Bereich, aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzen, verhält sich beispielsweise die National Union of Road Transport

Workers (NURTW) gegenüber den von ihnen organisierten Minibusfahrer*innen und -schaffner*innen eher als Syndikat denn als Vertreterin ihrer Interessen.

Innerhalb des NLC sind mittlerweile 43 Einzelgewerkschaften organisiert, beim TUC sind es 28. Meldungen über die einzelnen Mitgliederzahlen sind nicht verlässlich zu erhalten. Die Macht der Einzelgewerkschaften ergibt sich zudem eher durch ihre politische Vernetzung oder die strategische Bedeutung ihrer Sektoren. So ist die National Union of Textile, Garment and Tailoring Workers of Nigeria (NUTGTWN) trotz der Abnahme der Beschäftigten in diesem Bereich gewerkschaftspolitisch weiterhin bedeutend. Die Gewerkschaften im Öl- und Gassektor, Nigeria Union of Petroleum and Natural Gas Workers (NUPENG) und Petroleum and Natural Gas Senior Staff Association of Nigeria (PENGASSAN), werden durch die strategische Bedeutung des Sektors von der Regierung gefürchtet – obwohl NUPENG ihre Macht inzwischen vor allem durch die Fahrer*innen der Tankwagen aufrechterhält, da in der eigentlichen Öl- und Gasförderung kaum noch »einfache« Jobs existieren. Hoch politisierte Gewerkschaften wie die Academic Staff Union of Universities (ASUU) können ihre Interessen trotz mehrmonatiger flächendeckender Streiks (zuletzt wegen Lohnstreitigkeiten) hingegen kaum noch durchsetzen, insbesondere weil die politische Elite ihre eigenen Kinder nicht auf staatliche nigerianische Universitäten schickt.

Viele traditionell mächtige Gewerkschaften wie die National Union of Electricity Employees (NUEE) müssen durch die (Teil-)Privatisierung ihrer Branchen einen erheblichen Mitgliederschwund hinnehmen und tun sich nach wie vor schwer damit, die Arbeitnehmer*innen in den nun privaten Firmen zu organisieren. Auch die Zunahme von Werkverträgen und Outsourcing sind bekannte Probleme in vielen Bereichen. Der öffentliche Dienst ist verhältnismäßig gut organisiert, während im Privatsektor erhebliche Lücken bestehen. Industriegewerkschaften sind oft politisch aggressiver und in der Mitgliederarbeit aktiver. Erhebliche Unterschiede bestehen zudem in der internen Demokratie und bei der Vertretung von Frauen und jungen Mitgliedern. Regional ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den urbanen Zentren und im Süden deutlich höher als im Norden des Landes.

Organisationen des informellen Sektors organisieren sich in der Federation of Informal Workers of Nigeria (FIWON), die über gewerkschaftsähnliche Strukturen verfügt. Mit dem Michael Imoudu National Institute for Labour Studies (MINILS) existiert zudem ein tripartites Forschungs- und Bildungsinstitut, das dem Arbeitsministerium zugeordnet ist. 1986 auch mit dem Ziel gegründet, unabhängige gewerkschaftliche Bildung zu »verstaatlichen«, wird es inzwischen von den Gewerkschaftsdachverbänden akzeptiert und aktiv bespielt.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die nigerianische Verfassung von 1999 garantiert die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Das Recht auf Mitgliedschaft und die Gründung einer Gewerkschaft sind dabei explizit genannt (Art. 40). Der Staat verpflichtet sich, auf eine

diskriminierungsfreie und existenzsichernde, gerechte und faire Arbeit für alle hinzuwirken (Art. 17(3)). Dies ist jedoch nicht einklagbar. Der noch aus der Zeit der Militärregierungen stammende Trade Union Act wurde mehrfach, zuletzt 2005, verändert und spezifiziert die Rolle der Gewerkschaften in Nigerias Arbeitswelt. Nigeria hat alle zehn Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert.

Erhebliche gesetzliche Lücken bestehen jedoch nach wie vor in Bezug auf das Streikrecht, die Wirkung von Kollektivvereinbarungen, den Schutz vor gewerkschaftsfeindlicher Politik, die Diskriminierung am Arbeitsplatz, die Abschaffung von und den Schutz vor Kinderarbeit sowie die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. So dürfen Gewerkschaften beispielsweise erst ab einer Mitgliederzahl von 50 Arbeitnehmer*innen gegründet werden. Das Arbeitsministerium entscheidet dabei weitgehend über die Zulassung (und Deregistrierung) von Gewerkschaften sowie über die Registrierung von Kollektivvereinbarungen. In den Exportförderzonen Nigerias gilt das Arbeitsrecht zudem nur eingeschränkt, ebenso für Arbeiter*innen in sogenannten essenziellen Berufen wie Polizei und Militär, denen eine gewerkschaftliche Organisation explizit verboten ist. Bislang war es üblich, dass Lohn auch für Streiktage gezahlt wird, von dieser Praxis will die Regierung im Falle des ASUU-Streiks nun aber abweichen. Dies wird in Nigeria als Angriff auf das Streikrecht verstanden.

Im Prinzip werden Gewerkschaften auf Betriebsebene gegründet, dann vom Arbeitsministerium anerkannt und ggf. in einen der beiden Dachverbände aufgenommen. Alternativ können sich Beschäftigte auch einer bestehenden Gewerkschaft anschließen. Im Einzelfall kann es zu Verzögerungen kommen, wenn beispielsweise eine bestehende Gewerkschaft nicht daran interessiert ist, einen bestimmten Betrieb zu organisieren, gleichzeitig aber die Gründung einer neuen Gewerkschaft verhindert – ggf. auch gegen den Willen des Dachverbandes wie aktuell im Bereich der privaten Sicherheitskräfte.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Im privaten Sektor wird teilweise ein sozialpartnerschaftliches Modell praktiziert, für den öffentlichen Sektor existiert mit dem Joint National Public Service Negotiating Council (JNPSNC) ein Verhandlungsgremium. Mindestlöhne werden von der Regierung festgelegt, wobei die Gewerkschaften in die Beratungen einbezogen werden. Darüber hinaus existieren tripartite Verhandlungsstrukturen und Nigerias Gewerkschaften sind in den Aufsichtsgremien relevanter öffentlicher Institutionen vertreten, etwa in der National Pension Commission.

Der National Labour Advisory Council (NLAC), ein nationaler tripartiter Mechanismus, der Konsultationen und Zusammenarbeit zwischen der Regierung sowie den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden auf nationaler Ebene zu sozial- und arbeitspolitischen Fragen als auch zu internationalen Arbeitsnormen ermöglicht, ist seit über zehn Jahren nicht mehr zusammengerufen worden. Einerseits wirft die Regierung den

Arbeitnehmer*innen und ihren Organisationen in einigen Fällen vor, Arbeitsstreitigkeiten nicht über den sozialen Dialog lösen zu wollen, andererseits ist das Vertrauen in den NLAC geschwächt, da die Regierung bereits getroffene Abmachungen teilweise nicht einhielt, beispielweise bei der Einhaltung von Mindestlöhnen auf Ebene der Bundestaaten.

Seit November 2018 hat das zuständige Komitee einen Mindestlohn von 30000 Naira pro Monat (ca. 33 Euro; vorher 18000 Naira) vereinbart. Um die gesetzliche Verankerung der Erhöhung des Mindestlohns durchzusetzen, fanden Gewerkschaftsstreiks statt, woraufhin die Vereinbarung in die Nationalversammlung eingebracht wurde. Die meisten Regierungen der Teilstaaten positionieren sich gegen eine Erhöhung und argumentieren mit der schwierigen Finanzierbarkeit. Das Gesetz verpflichtet die Arbeitgeber in öffentlichen und privaten Organisationen zur Zahlung von 30000 Naira als monatlichen Mindestlohn. Anfang 2021 verkündete die Regierung, dass der Mindestlohn in Zukunft nicht mehr auf bundesstaatlicher Ebene festgelegt werden soll, was den Einzelstaaten die Möglichkeit gäbe, eigene – auch niedrigere – regionale Mindestlöhne festzulegen. Sowohl der NLC als auch der TUC haben diesen Vorschlag verurteilt und Proteste und Streiks als Reaktion angekündigt. Sie befürchten ein »race to the bottom«, auch weil die Gewerkschaften in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich stark organisiert sind. Proteste der Gewerkschaften konnten dieses Vorhaben bisher vereiteln, dennoch weigern sich viele Teilstaaten bis heute, den festgelegten Mindestlohn umzusetzen.

Im Privatsektor gilt der Mindestlohn ebenfalls, wird aber auch dort nicht systematisch umgesetzt. Die Höhe des Lohns wird entweder jährlich oder halbjährlich zwischen Vertreter*innen der Gewerkschaften und den Arbeitgebern verhandelt. Durch Vertragsarbeit, Kettenarbeitsverträge und gewerkschaftsfeindliche Politiken wird das Recht auf Kollektivverhandlungen jedoch häufig unterlaufen. Die meisten Beschwerden beziehen sich dabei auf die Situation in den Einzelstaaten.

Einzelne »klassische Gewerkschaften« wie NUPENG und NUTGTWN haben sich erfolgreich für Beschäftigte aus dem informellen Sektor geöffnet und organisieren jetzt beispielsweise informelle Benzin- und Gashändler*innen oder Schneider*innen. Mit der Amalgamated Union of App-based Transport Workers of Nigeria (AUATWON) wurde zuletzt eine Gewerkschaft für Fahrer*innen, vor allem aus den Firmen Uber und Bolt, in den NLC aufgenommen. Auch im TUC sind diverse informelle Gewerbe vertreten. Beklagenswert ist jedoch die weiterhin sehr kleinteilige Gewerkschaftslandschaft. Auch Sektorgewerkschaften in schrumpfenden Branchen (z.B. Eisenbahn, Kohlebergbau) fusionieren nicht mit branchennahen Verbänden und werden so kontinuierlich kleiner.

Viele Einzelgewerkschaften ebenso wie die beiden Dachverbände verfügen über semiautonome Frauen- und Jugendverbände, welche aber oftmals nur unzureichend mit Mitteln für ihre Arbeit ausgestattet werden. Selbst auf nationaler Ebene ist eine Vertretung beider Gruppen in Vorständen praktisch ausschließlich in speziell für sie vorgesehenen Positionen gege-

ben, die Wahl von Frauen in Führungsgremien auf regulärem Weg ist eher die Ausnahme. Dennoch haben sich die nigerianischen Gewerkschaften in der Vergangenheit vielfach für die Rechte von Frauen und jungen Menschen eingesetzt, unter anderem in der Kampagne zur Ratifizierung des ILO-Übereinkommens 190 zur Beseitigung von Belästigung und Gewalt in der Arbeitswelt.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die nigerianischen Gewerkschaften, vor allem der Dachverband NLC, gelten aufgrund ihrer dezidiert politischen Rolle sowie aufgrund der inhaltlichen Schwäche der nigerianischen Parteien als politische Opposition und Stimme der einfachen Bevölkerung. Dieser Status wird jedoch durch interne Querelen und Vorwürfe der Regierungsnähe und Korruption teilweise untergraben. Insbesondere auf Ebene der Einzelstaaten wird eine ausreichende Distanz zum Regierungsamt des Gouverneurs häufig nicht gewahrt. Weitere Probleme sind eine zunehmende Distanz zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionär*innen sowie ein Mangel an interner Demokratie in den Einzelgewerkschaften und deren Dachverbänden. Aufgrund seiner Struktur ist der TUC theoretisch regierungsnäher eingestellt als der NLC, beide vertreten jedoch oft ähnliche Positionen. Die Führungspersonen der Dachverbände besitzen insgesamt ein vertrauensvolles Verhältnis zueinander, auf Ebene der Einzelgewerkschaften gestaltet sich dies jedoch unterschiedlich.

Nicht selten werden Führungspersonen aus der Gewerkschaftsbewegung auch in politische Ämter gewählt. Das prominenteste Beispiel ist der ehemalige NLC-Präsident und vormalige Parteivorsitzende des APC, Adams Oshiomole. Auch in den Kammern des Parlaments finden sich Gewerkschafter*innen wieder. Durch den Streit um einen höheren Mindestlohn seit 2018 kühlte das Verhältnis zur Regierung jedoch stark ab. Obwohl die Gewerkschaften sich über viele Jahre nicht offen für die Unterstützung bestimmter Parteien ausgesprochen, rieten sie nun zu einer Entscheidung für Politiker*innen, die sich für die Rechte der Arbeiter*innen und die regelmäßige Auszahlung der Löhne von Staatsbediensteten einsetzen. Das ursprünglich recht freundschaftliche Verhältnis zur amtierenden APC-Regierung ist inzwischen stark abgekühlt, für die Wahlen 2023 versuchten die Dachverbände sich zudem durch die oben genannte »Workers' Agenda« selbst zu positionieren.

Die aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene LP hatte sich zwischenzeitlich stark von den Gewerkschaften entfernt und spielte bei den Wahlen im Frühjahr 2019 keine entscheidende Rolle. Durch den aktiven Einsatz des NLC und TUC sowie durch die populäre Präsidentschaftskandidatur Peter Obis bei den Wahlen 2023 hat sich dies jedoch erheblich geändert. Obwohl die Partei von erheblichen internen Querelen zwischen Alteingesessenen und neu Mobilisierten gekennzeichnet ist, setzt die Gewerkschaftsführung aktuell große Hoffnungen in die weitere Entwicklung der Partei als parlamentarischen Arm der Bewegung. Immerhin konnten 35 Sitze im Repräsentantenhaus und neun

im Senat erobert werden. Nach dem weitgehend pragmatischen Vorgehen im Wahlkampf besteht allerdings auch erheblicher inhaltlicher Bildungsbedarf in der neuen Fraktion, um dieser angedachten Rolle gerecht zu werden. Auch mit Peter Obi besteht hier weiterer Austausch. Dies wird auch von der Gewerkschaftsführung als Priorität in den nächsten vier Jahren angesehen.

Dr. Daniel Mann, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nigeria (2020 bis 2023)

Lennart Oestergaard, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nigeria (seit 2023)

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Britta Utz, Referentin Südafrika, Gewerkschaften
und Soziale Gerechtigkeit
britta.utz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.